

Stärkung der Heim-Mitwirkung

Die Ehrenamtlichen der Heim-Mitwirkung in Bremen und Bremerhaven nahen dem Ende. Am 1. Juni 2006 fand die abschließende Veranstaltung „Heimrecht als Länderrecht“ im Konsul-Hackfeld-Haus in Bremen statt. Zu Beginn der Veranstaltung wurden die Ehrenamtlichen zu einer Podiumsdiskussion ins Konsul-Hackfeld-Haus in Bremen eingeladen. Zum Abschluß der Veranstaltung „Heimrecht als Länderrecht“ wurden die Podiumsmitglieder zu „Botschaftern“ der Heim-Mitwirkung ernannt. Sie wollen sich künftig für Förderung und Unterstützung der Ehrenamtlichen in der Heim-Mitwirkung einsetzen.

Zu Beginn der gut besuchten Veranstaltung wurden zunächst die Hintergründe und Zusammenhänge der Woche des Bürgerschaftlichen Engagements von Pastor Michael Schmidt erläutert. Er repräsentierte das Diakonische Werk Bremen, das die Veranstaltung maßgeblich unterstützte. Im anschließenden Grußwort stellte sich Dr. Birgit Weihrauch, die neue Bremer Staatsrätin bei der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, vor und lobte das große Engagement der vielen Ehrenamtlichen in Deutschland.

In der anschließenden Vorstellung der Ehrenamtlichen erläuterte Martin Stöver, Leiter der Bremer Heimaufsicht, die Aufgaben und Ziele der engagierten „Mit-Wirker“. Mit praktischen Beispielen aus ihrem vielseitigen Aufgabenspektrum gaben die vorwiegend in Alten- und Pflegeheimen eingesetzten Gruppenmitglieder interessante Einblicke in ihre Tätigkeiten und die erzielten Erfolge. Waren in vergangenen Jahren kaum Zugeständnisse der Heimbetreiber zu registrieren, konnten die Ehrenamtlichen inzwischen mit konstruktiver Kritik und

Hartnäckigkeit so manche Verbesserung erreichen.

Besonders betont und beklagt wurde die steigende Zahl der Leiharbeitskräfte im Pflegebereich. Hier müsse bei der zu erwartenden Neugestaltung des Heimrechts, besonders in finanzschwachen Ländern wie Bremen, eine deutliche Verschlechterung der Pflegequalität befürchtet werden. Sie forderten die anwesenden Politiker auf, sich dafür stark zu machen, dass im künftigen Länderrecht mindestens die im bisherigen Bundesrecht vorgegebenen Standards übernommen werden. Man könne ja auch bisherige Standards verbessern und somit Vorbild für andere sein.

Die nun beginnende Podiumsdiskussion übernahm der Rechtsanwalt Friedrich-Wilhelm Heumann als Moderator und führte sie souverän und routiniert. Er konfrontierte die Diskutanten mit der Ist-Situation des Heimrechts. Seine erste Frage in die Runde, ob und warum die Umwandlung des Heimrechts vom Bundesrecht in Länderrecht aus ihrer Sicht notwendig sei, wurde facettenreich aber einhellig beantwortet: Alle Anwesenden waren gegen den

Beschluss, konnten ihn aber bekanntermaßen nicht verhindern.

Laut Staatsrätin Dr. Weihrauch ist eine Arbeitsgemeinschaft Länderrecht in Planung, die über die künftigen Grundlagen des Heimrechts der jeweiligen Bundesländer verhandeln und abstimmen soll. Ziel sei ein möglichst einheitliches Heimrecht in allen Bundesländern. Sie hob die Wichtigkeit der Beteiligung von Betroffenen und „Insidern“ wie zum Beispiel der Ehrenamtlichen in der Heim-Mitwirkung hervor und sicherte deren Beteiligung in Bremen zu.

Alle anwesenden Politiker sprachen sich unisono für einen verlässlichen und bundesweit vergleichbaren Qualitätsstandard in Heimen aus. Susan Mittrenga von den Grünen zeigte deutliches Unverständnis für die beschlossene Gesetzeslage. Sie stellte provozierend fest: Beim Fußball läßt die FIFA ja auch nicht nach sechzehn unterschiedlichen Regeln spielen, oder?

Die Frage stellte sich, warum das individuelle Länderrecht einerseits beschlossen, andererseits nun aber über eine Arbeitsgruppe wieder zu einer bundeseinheitlichen Lösung



Wurden zu Botschaftern der Heim-Mitwirkung ernannt (v.l.): Jörg Güthler (Linke.PDS), Susan Mittrenga (Bündnis90/Grüne), Fr.-Wilhelm Heumann (Moderator), Staatsrätin Dr. Birgit Weihrauch, Dr. Joachim Schuster (SPD), Oliver Möllenstädt (FDP)

geführt werden soll. Oliver Möllenstädt von der FDP: „Da hätte man ja gleich das Heimrecht als Bundesrecht lassen können.“

„Das Heimrecht muß Länderrecht und damit ausgebaut und verbessert werden“, schlug Jörg Güthler von Linke.PDS vor. Und weiter: Die Interessen der Heimbewohner müßten noch stärker unterstützt und besser vertreten werden.“

Von Seiten der SPD argumentierte Dr. Joachim Schuster immer wieder die Haushaltsnotlage Bremens und wies auf die notwendige Finanzierbarkeit hin. Dabei könne eine intelligente Entbürokratisierung in der Pflege – insbesondere bei der Dokumentation – helfen, Kosten zu senken. In diesem Zusammenhang war der Hinweis des Moderators interessant, dass viele Pflegekräfte in solchen Fällen dazu neigen, zusätzliche „Hilfs“-Dokumentationen anzulegen. Sie seien unsicher, ob die



Mar. Reinhard / haged

reduzierte Form ausreiche. Dabei sei es eindeutig so, dass es eine deutliche Diskrepanz zwischen der entbürokratisierten und vorliegenden Grundsatzurteilen hinsichtlich der Nachvollziehbarkeit bei Pflegemängeln gebe.

Alle Diskutanten sprachen sich für die Entlastung der Fachpflegekräfte aus. Die Entbürokratisierung sei nur eine Möglichkeit von vielen, um dies zu erreichen.

Aus dem Publikum meldeten sich Veranstaltungsgäste mit entsprechenden Wortbeiträgen und Meinungen und

erhielten immer wieder Gelegenheit, den Politikern im Podium ihre Sichtweisen mitzuteilen.

Am Ende der Veranstaltung wurden die Politiker von den Ehrenamtlichen in der Heim-Mitwirkung zu „Botschaftern“ der Heim-Mitwirkung ernannt. Zur Erinnerung daran wurden ihnen T-Shirts mit der Aufschrift „Botschafter“ bzw. „Botschafterin“ sowie dem Logo der Ehrenamtlichen in der Heim-Mitwirkung überreicht. Die Politiker sicherten den Ehrenamtlichen in der Heim-Mitwirkung ihre Förderung und Unterstützung zu.